

Mehrere europäische Länder stehen derzeit am finanziellen Abgrund. Irland, Portugal, Spanien, vor allem aber Griechenland haben mit einer Staatsschuldenkrise zu kämpfen, die sie allein nicht bewältigen können. Dass diese Staaten sich langfristig sanieren, liegt auch im Interesse anderer Mitgliedsstaaten. Denn sie alle gehören zum Euro-Raum. Wie aber kann eine wirtschaftliche Rettung dieser Staaten gelingen, ohne andere Länder mit in den finanziellen Abgrund zu reißen?

Der Euro: Garant für stabile Währung

Deutschland hat von Beginn an vom Euro profitiert: Die Währung ist stabil, die Inflationsrate niedrig und der deutsche Export in den europäischen Binnenmarkt ist weiter gestiegen. Millionen von Arbeitsplätzen in der deutschen Wirtschaft hängen von diesem Markt ab.

► Deutsche Exporte in Eurozone wichtiger geworden

Deutsche nominale Warenexporte in die Eurozone 1999 und 2009 im Vergleich



Quelle: Statistisches Bundesamt

Für Deutschland, aber auch für alle anderen Mitgliedsländer der Eurozone, ist es daher unerlässlich, die Europäische Währungsunion zu stärken. Aufgrund der aktuellen Staatsschuldenkrise, vor allem in Griechenland, haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU daher darauf verständigt, den ursprünglichen Stabilitäts- und Wachstumspakt zu verschärfen.

Reform für Stabilität: Haushalt ausgleichen, Schulden abbauen

Die Mütter und Väter des Euro waren auf Staatsschuldenkrisen dieser Art noch nicht vorbereitet. Deswegen soll der Stabilitäts- und Wachstumspakt reformiert werden. Künftig soll folgendes gelten:

- Schulden müssen verpflichtend zurückgeführt werden.
- Sanktionen gegen verschuldete Länder setzen früher und schneller ein.
- Die Sanktionen erfolgen quasi automatisch. Das heißt, sie können nur gestoppt werden, wenn eine große Mehrheit dagegen ist.

Den (Rettungs-)Schirm zuspinnen, aber nicht weglegen

Um Mitgliedsländern aus der Staatsschuldenkrise helfen zu können, wurde ein zeitlich befristeter, finanzieller Rettungsschirm gespannt, bestehend aus

- dem Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM): Damit kann die EU als Staatengemeinschaft bis zu 60 Milliarden Euro Kredite aufnehmen und an krisengeschüttelte Euro-Staaten weiterreichen. Die Darlehen müssen verzinst zurückgezahlt werden.
- dem Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF): Die Euroländer stehen mit dieser Finanzzweckgesellschaft bis Ende Juni 2013 mit insgesamt 440 Milliarden Euro Bürgschaften für Kredite ein.
- Kredithilfen des Internationalen Währungsfonds (IWF): Voraussetzung für die Unterstützung ist, dass der betroffene Staat ein Sanierungsprogramm vorlegt.

Auch wenn die Wahrscheinlichkeit künftiger Krisenfälle durch den reformierten Stabilitäts- und Wachstumspakt erheblich gesunken ist, kann nicht gänzlich ausgeschlossen werden, dass EU-Länder irgendwann einmal wieder für einen einzelnen Mitgliedstaat in finanzieller Not einspringen müssen. Deshalb wird es ab Juni 2013 einen permanenten Krisenbewältigungsmechanismus geben – den sogenannten Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit einem effektiven Kreditvergabevolumen von 500 Milliarden Euro.

Dabei sind die Voraussetzungen für Kredite noch einmal enger gefasst worden: Der ESM verleiht nur dann Geld, wenn die Krise des betroffenen Euro-Lands die gesamte Währungsunion gefährdet. Außerdem muss der Staat, der Geld vom ESM bekommt, sich verpflichten, seinen Haushalt zu konsolidieren und seine Wirtschaft zu reformieren. Dabei wird vorab festgestellt, ob die Schuldenkrise tatsächlich das Land überfordert oder nur vorübergehend ist.

[Aufgaben]

1. In welchem Euroland waren Sie zuletzt in den Ferien? Was war dort besonders teuer, was besonders günstig? Tragen Sie die Ergebnisse in der Klasse zusammen und erstellen Sie eine Hitliste. Diskutieren Sie anschließend die Resultate: Warum sind bestimmte Güter teurer (oder billiger) als anderswo? Nutzen Sie dafür die Import- und Exportstatistiken von Eurostat unter <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/>.
2. Beschreiben Sie die Vorteile eines geeinten Europas und einer Währungsunion. Diskutieren Sie auch mögliche Nachteile und erörtern sie im Plenum die Frage „Was sind wir bereit für die Vorzüge einer Währungsunion zu leisten?“
3. „Werft Griechenland aus dem Euro-Raum“ – so lauten derzeit die Schlagzeilen mancher Zeitungen. Aber kann ein Land überhaupt aus dem Euro aussteigen – und welche Folgen hätte das? Diskutieren Sie! Nutzen Sie zur Recherche die Internetseiten des Bundesfinanzministeriums unter www.bundesfinanzministerium.de > Wirtschaft und Verwaltung > Europa > Der Euro > Stabilität > Stabilisierung des Euro

[Internet]

- Die Website des Bundesfinanzministeriums mit einem Themenschwerpunkt rund um die Stabilisierung des Euroraums und der Währungsunion www.bundesfinanzministerium.de > Wirtschaft und Verwaltung > Europa > Der Euro > Stabilität > Stabilisierung des Euro
- Die Videoclips des Bundesfinanzministeriums „einfacher-klärt“ informieren über den Euro, die Währungsunion und den ESM www.bundesfinanzministerium.de > Mediathek > einfach erklärt
- Das statistische Amt der Europäischen Union – Eurostat – bietet auf seinem Internetauftritt europäische Statistiken, die Vergleiche zwischen Ländern und Regionen ermöglichen. Die Erhebung von Daten für die Wirtschafts- und Währungsunion spielt dabei eine besondere Rolle: epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/eurostat/home/